Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Kiel, 01.07.2022

Wohnbaumoratorium: Kiel muss dringend umlenken

Die Vorhersagen über die starken Beeinträchtigungen im Bausektor werden bereits jetzt an der Hörn Realität. Dort verzögern sich viele Projekte, obwohl gerade auch an der Hörn die Entwicklung von Wohnraum notwendig ist. Die Landeshauptstadt Kiel muss dringend ihre Prioritäten optimieren, da mittlerweile auch ihre sozialpolitischen Ziele in Gefahr geraten. Dazu erklärt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion Kiel, Ratsherr Marcel Schmidt:

„Die Berichterstattung über die Entwicklungen an der Hörn bestätigt leider die düsteren Vorhersagen der letzten Tage und Wochen. Die Situation im Baubereich wird immer schwieriger. Gerade auch an der Hörn jedoch war es wichtig, dass Wohnungen entstehen. Die Planungen für die Entwicklung dieses Geländes ziehen sich schon seit Jahrzehnten hin. Wir müssen dieses Brachland endlich zu einem Stadtteil entwickeln.

Stattdessen werden wir leider erneut daran erinnert, wie sich die Untätigkeit der letzten Jahre im Wohnungsbau jetzt rächt. Unsere über Jahre immer wieder gestellten Anträge mit dem Ziel, den Wohnungsbau zu intensivieren, wurden immer wieder abgelehnt. Unser politischer Wille, den Wohnungsbestand der Kieler Wohnungsgesellschaft (KiWoG) massiv zu erhöhen, stößt bei der Mehrheit der Ratsversammlung leider auf taube Ohren.

Mittlerweile müssen wir die Frage stellen, wie man beim Thema Wohnungsbau überhaupt noch weiterkommen kann. Der faktische und branchenübergreifende Baustopp wird weitreichende Probleme und Verwerfungen nach sich ziehen. Es geht für viel zu viele Kieler*innen längst nicht mehr um ‚schöner Wohnen' oder minimale Verbesserungen ihren Wohnsituation, sondern darum, dass überhaupt Platz für Menschen vorhanden ist. Alleinerziehende, die in Teilzeit arbeiten, wissen mittlerweile nicht mehr, wie es weitergehen soll. Bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum geht es darum, den Menschen, die ohnehin kein hohes

Einkommen haben, eine Bleibe zu sichern. Ziele der sozialpolitischen Stadtentwicklung werden nicht mehr zu halten sein.

Dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein existenzielles Problem ist, scheint noch nicht bei allen Entscheidungsträgern angekommen zu sein. Es gibt dazu auch noch keine Stellungnahme von der KiWoG. Wir müssen wissen, was die Stadt mit diesem Instrument in Zukunft vorhat. Unserer Ansicht nach braucht es schnellstmöglich einen Schulterschluss von Verwaltung und den verschiedenen Fraktionen der Selbstverwaltung, mit Kommunikation auf Augenhöhe sowie ein deutliches Umlenken in der Baupolitik, bevor die Situation sich noch weiter verschlechtert und die Handlungsspielräume noch kleiner werden.“